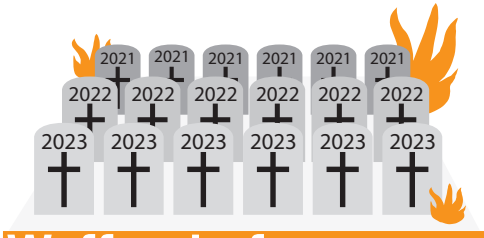
Risiken und Nebenwirkungen von Waffenlieferungen

Warum Waffen nicht zu einer Lösung beitragen

Die Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges warnen, dass Waffenlieferungen zu unbeherrschbaren Risiken führen können. Sie taugen nicht als Mittel zur Lösung eines Konfliktes. Die Beendigung des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine erfordert andere Mittel, die auf Verhandlungen und Diplomatie beruhen.

Ärztinnen und Ärzte der IPPNW warnen:



1. Waffen befeuern und verlängern Konflikte

Waffen und Militär lösen keine Konflikte. Vielmehr verschärfen sie die Lage und verlängern den Krieg. Das zeigen auf drastische Weise u. a. die Kriege in Syrien oder im Jemen. Sie hinterlassen Hunderttausende von Opfern, zerstörte Städte und ein Machtvakuum, in dem weder staatliche noch traditionelle Institutionen den Menschen Sicherheit gewährleisten.

2. Waffenlieferungen verhindern Neutralität

Gemäß Artikel 51 der UN-Charta ist es völkerrechtlich zulässig, einem angegriffenen Land im Rahmen kollektiver Verteidigung zur Hilfe zu kommen. Jedes Land kann aber entscheiden, ob es den angegriffenen Staat mit Waffen beliefern und damit selbst zur Kriegspartei werden will oder ob es neutral bleiben möchte.

3. Waffenlieferungen erschweren Rüstungsexportkontrollen

Die parlamentarische Kontrolle von Rüstungsexporten wurde lange als intransparent kritisiert. Die Vorgänger-regierungen lieferten nicht nur in Krisengebiete, sondern sogar an kriegsführende Staaten. Die neue Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, „eine restriktive Rüstungsexportpolitik“ zu verfolgen und „grundsätzlich keine Waffen in Spannungs- und Krisengebiete“ zu exportieren. Die Lieferungen von Waffen an die Ukraine schaffen einen gefährlichen Präzedenzfall.

4. Waffen dienen nicht nur zur Verteidigung

Jede sogenannte Defensivwaffe kann auch als Offensivwaffe genutzt werden. Das hat der wissenschaftliche Dienst des Bundestages 2019 festgestellt. Es gibt also keine defensiven Waffen, die man mit besserem Gewissen liefern könnte.

5. Waffen wandern weiter

Einmal exportiert, verlieren Regierungen die Kontrolle darüber, wer von ihren Waffen Gebrauch macht. Waffen können von der gegnerischen Partei erbeutet werden. So gelangten die an die kurdischen Peschmerga gelieferten Milan-Raketen aus Deutschland 2014 in den Besitz des IS.

6. Waffenlieferungen wirken eskalierend

Der Ruf nach Waffen ist eine häufige reflexhafte Reaktion auf Gewalt und Aggression, doch Gewalt führt zu Gegengewalt. Auch die Gewalt durch Waffenlieferungen wird weitere Gewalt hervorrufen und in eine Eskalationsspirale führen, die in der aktuellen Situation in einem Atomkrieg enden könnte.

Information

IPPNW

Risiken und Nebenwirkungen von Waffenlieferungen

1. Waffen befeuern und verlängern Konflikte

Waffen und Militär lösen keine Konflikte. Vielmehr verschärfen sie die Lage und verlängern den Krieg. Das zeigen auf drastische Weise u. a. die Kriege in Afghanistan, dem Irak, Syrien, Libyen und im Jemen. Sie hinterlassen Hunderttausende von Opfern, zerstörte Städte und ein Machtvakuum, in dem weder staatliche noch traditionelle Institutionen den Menschen Sicherheit gewährleisten. Auch die Aufrüstung der Ukraine seit 2014 konnte weder den gewaltsamen Konflikt in Donezk und Luhansk beenden, noch den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg verhindern. Waffenlieferungen führen dazu, dass sich die Wahrscheinlichkeit eines Konfliktausbruchs, die Konfliktdauer und -intensität erhöhen. Eine Studie der Ludwig-Maximilian-Universität München analysierte die Rüstungsexporte großer, konventioneller Waffen von 1973 bis 2013 in 137 Staaten. Danach steigern Rüstungsexporte die Wahrscheinlichkeit, dass in Ländern mit großen politischen Spannungen innere Kon-flikte eskalieren, um bis zu 21 Prozent.

2. Waffenlieferungen verhindern Neutralität

Gemäß Artikel 51 der UN-Charta ist es völkerrechtlich zulässig, einem angegriffenen Land im Rahmen kollektiver Verteidigung zu Hilfe zu kommen. Jedes Land kann aber entscheiden, ob es den angegriffenen Staat mit Waffen beliefern und damit selbst zur Kriegspartei werden will oder ob es neutral bleiben möchte. Neben militärischen gibt es auch humanitäre und diplomatische Möglichkeiten. Deutschland hat auf Grund seiner als zurückhaltend wahrgenommenen Außenpolitik in vergangenen Jahren die Rolle eines Vermittlers in Kolumbien, Libyen und auch der Ostukraine eingenommen. Nach der Lieferung von Waffen an die Ukraine ist der Status eines neutralen Vermittlers nicht mehr möglich. Gespräche, die alle Konfliktparteien einbeziehen, werden massiv erschwert.

3. Waffenlieferungen erschweren Rüstungsexportkontrollen

Deutschland ist unter den vier größten Waffenexporteuren der Welt. 2023 hat diee Bundesregierung hat allein in den ersten drei Quartalen Rüstungsexporte im Wert von 8,76 Milliarden Euro genehmigt. Die parlamentarische Kontrolle von Rüstungsexporten wurde lange als intransparent kritisiert. Von den Vorgängerregierungen wurden Waffen – entgegen der deutschen Rechtslage – nicht nur in Krisengebiete, sondern sogar an kriegführende Staaten wie Saudi-Arabien geliefert. Die Bundesregierung hatte 2021 eine „abrüstungspolitische Offensive" gefordert und sich zum Ziel gesetzt, „eine restriktive Rüstungsexportpolitik" zu verfolgen und „grundsätzlich keine Waffen in Spannungs- und Krisengebiete" zu exportieren. Die Lieferungen von Waffen an die Ukraine bedeuten das Gegenteil und schaffen einen gefährlichen Präzedenzfall. Ein weiteres Beispiel sind Waffenlieferungen an Israel, deren Umfang sich 2023 fast verzehntfacht hat.

4. Waffen dienen nicht nur der Verteidigung

Jede sogenannte Defensivwaffe kann auch als Offensivwaffe genutzt werden. Das stellte der wissenschaftliche Dienst des Bundestages 2019 fest: „In diesen Zusammenhang ordnet sich auch die Feststellung ein, dass in Kriegen und kriegerischen Auseinandersetzungen grundsätzlich zur Abwehr (Panzerabwehr/Flugabwehr u. ä.) entwickelte Waffen auch offensiv eingesetzt worden sind". Es gibt also keine defensiven Waffen, die man mit besserem Gewissen liefern könnte. Auch Panzerabwehrwaffen und Luftabwehrsysteme können einen Konflikt eskalieren lassen. Die Alternative zur Selbstverteidigung mit Waffen ist nicht gleichbedeutend mit Wehrlosigkeit. Die Friedensforschung hat bereits in den Fünfzigerjahren das Konzept der Sozialen Verteidigung entwickelt. Sie bietet Chancen zum Erhalt der Städte und Infrastruktur bei weitaus weniger Toten und Verletzten.

5. Waffen wandern weiter

Einmal exportiert, verlieren Regierungen die Kontrolle darüber, wer von ihren Waffen in Zukunft Gebrauch macht. Waffen können von der gegnerischen Partei erbeutet werden. So gelangten die 2014 an die kurdischen Peschmerga gelieferten Milan-Raketen aus Deutschland in den Besitz des Islamischen Staats. Waffen bleiben nach einem Konflikt meist im Umlauf und wirken destabilisierend. In der Sahara-Region und in Mittelamerika ist der Verzahnung zwischen Kleinwaffen, illegalem Waffenhandel, Bürgerkriegen und einer „Kultur der Gewalt" ein massives Problem. In den USA und Mexiko führen die vielen Waffen in der Bevölkerung zu einer Vielzahl von Morden und anderen Gewalttaten. Auch in der Ukraine ist zu befürchten, dass die Waffen nach einem Ende des Krieges in den Händen wütender, verbitterter, traumatisierter, radikalisierter oder rechtsradikaler Menschen große Schäden anrichten und das Gewaltpotential in der Gesellschaft erhöhen.

6. Waffenlieferungen wirken eskalierend

Der Ruf nach Waffen ist eine häufige reflexhafte Reaktion auf Gewalt und Aggression, doch Gewalt führt zu Gegengewalt. Auch die Gewalt durch Waffenlieferungen wird weitere Gewalt hervorrufen und in eine Eskalationsspirale führen, die in der aktuellen Situation in einem Atomkrieg enden könnte. Präsident Putin hat mit Atomwaffen gedroht. Ihr Einsatz ist laut russischer Nukleardoktrin möglich, wenn die Existenz der Russischen Fö-deration auf dem Spiel stehe. Vor diesem Hintergrund können Waffenlieferungen zu einer extrem gefährlichen Eskalation führen. Sollte es zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen, droht nicht nur eine europäische, sondern eine globale Katastrophe. In einem Atomkrieg gibt es keine Gewinner. Die Detonation bereits eines einzigen Sprengkopfs über einer Großstadt würde zu Hunderttausenden Toten, mehr als einer Million Verletzten und weiträumiger Verstrahlung führen. Die gesundheitlichen Folgen eines Atomwaffeneinsatzes sind katastrophal und von keinem Gesundheitssystem beherrschbar.

IPPNW

Eine Information der IPPNW – Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V.
Frankfurter Allee 3, 10247 Berlin | www.ippnw.de | kontakt@ippnw.de
2. Auflage Dezember 2023 | V. i. S. d. P.: Dr. Lars Pohlmeier

Diesen Flyer findet Ihr hier:
www.ippnw.de/bit/waffen